

Eine sozialdemokratische Agenda für den Kreis Neu-Ulm

Zukunft wagen!

SPD

Zur Beschlussfassung beim SPD-
Unterbezirksparteitag Neu-Ulm vorgelegt am
20.07.2016

Weil die Region Neu-Ulm Sozialdemokratie braucht.

„Zukunft wagen!“ als Selbstverpflichtung und Herausforderung gegenüber der Gesellschaft

Politikverdrossenheit, Aufstieg von Populisten, sinkende Wahlbeteiligung. Politik und Politikberichterstattung wird aktuell oft mit diesen Schlagworten überschrieben.

Keine andere Partei setzt sich ihren ureigenen Anspruch Lösungen anzubieten, die Menschen wieder für Politik und das Engagement in der Gesellschaft zu motivieren, so hoch wie die SPD. Weil dieser Anspruch ein hoher ist und die Menschen diesen erwarten stehen die Sozialdemokraten dabei in einem besonderen Fokus. Diesem Anspruch gerecht zu werden und überzeugende Antworten zu finden ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Auf die große Politik, die Große Koalition zu verweisen, einen unwilligen Koalitionspartner oder unsere eigenen Köpfe in Regierung, im Bundestag oder im Willy-Brandt-Haus, das wäre für die SPD im Landkreis Neu-Ulm sicher das Einfachste. Jedoch genau für diesen Weg entscheiden wir uns nicht, da

gute Politik eine Gemeinschaftsaufgabe für Alle

ist. Es ist unser Anspruch auch von „Unten“, von der Basis, aus eigener Kraft und Motivation heraus der sozialdemokratischen Idee einer solidarischeren und gerechteren Gesellschaft neue Impulse zu geben. Und dies nicht nur auf Bundes-, Landes- oder Bezirksebene sondern ganz konkret hier vor Ort in unserem Landkreis Neu-Ulm. Mit dieser regionalen Agenda

„Zukunft wagen!“

wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern einen Dialog führen und ein Angebot unterbreiten uns zu begleiten. Bei den Aufgaben, die uns in Ansätzen vor Ort beschäftigten und dem, an was wir arbeiten wollen.

Wir wollen Einblick geben in unsere Pläne und Aktivitäten, und wie wir uns eine

gerechte Welt

vorstellen. Als SPD beschäftigen uns die gleichen Sorgen, Ängste, Wünsche und Themen, wie die Menschen draußen auf der Straße, in den Familien, Lebenspartnerschaften, bei der Arbeit, im Sport, in Vereinen und Verbänden. Deshalb wollen wir nicht für jedes der großen Themen eine umfassende Antwort geben oder eine abgeschlossene Lösung anbieten, sondern

den Dialog führen.

Wir wollen zuhören, in die Gesellschaft hineinhören, offen sein für Anregungen, Argumente und Sichtweisen, aber auch gehört werden. Deshalb bieten wir allen Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Neu-Ulm mit dem vorliegenden Papier „Zukunft wagen!“ zum einen eine **Selbstverpflichtung** an. Was wollen wir tun, mit wem wollen wir sprechen, welche Themen müssen wir auf unsere regionale Agenda setzen?

Zum anderen ist dieses Papier aber auch eine **Aufforderung** und auch eine **Herausforderung**. Den Bürgerinnen und Bürgern in der Region, die sich von der Politik (der SPD oder allgemein) enttäuscht, abgehängt oder missverstanden fühlen, denen möchten wir

die Hand reichen.

Ihnen den Kontakt zu für ihr Thema relevante Partner und Menschen zu verschaffen, diskussionsbereit zu sein und Hilfe im konkreten Anliegen anzubieten. Aber auch unsere eigenen Vorstellungen mit Energie und Leidenschaft zu vertreten.

Dieses Papier erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir sind Polit-Amateure. Die Basis. Es sind die Themen und Schlagworte, die in den letzten Wochen und Monaten am stärksten an uns herangetragen wurden – hier vor Ort.

Oftmals stellten wir dabei fest, dass die Menschen in der Region nicht wissen, dass sie mit ihren Anliegen vielleicht besser bei uns aufgehoben sind, als sie denken. Nicht zuletzt dank unserer Arbeitsgemeinschaften (AGs), die sich für spezielle Themengebiete noch einmal intensiver zuständig fühlen, aber auch allen unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die viel einfacher anzusprechen sind, als gemeinhin vermutet, wollen wir selbstbewusst mit allen Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog treten.

Politikverdrossenheit entsteht durch das individuell wahrgenommene Gefühl nicht ernst genommen zu werden und keine Veränderung herbeiführen zu können. Sie entsteht also im Kleinen. Darum beruht unsere Agenda „Zukunft wagen!“ letztendlich vor allem auf einer Maxime:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreis Neu-Ulm wollen Politikverdrossenheit dort bekämpfen wo sie entsteht: im Kleinen vor unserer Haustür. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir einen Dialog darüber führen, wie unsere Region in 10, 20 oder 30 Jahren aussehen soll.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen Verantwortung und wollen der Region etwas geben. Das ist Versprechen und Herausforderung zugleich. Wir freuen uns über jede und jeden, die oder der uns dabei hilft Politik vor Ort im positiven Sinne erlebbar zu machen.

Nehmen Sie unser Angebot zum Dialog an und wagen Sie zusammen mit uns ein Stückchen der Zukunft unserer Heimat, der Region Neu-Ulm.



Anfragen aller Art jederzeit an unsere Neu-Ulmer Parteizentrale:

SPD - Max-Rauth-Haus
Memminger Straße 3
89231 Neu-Ulm

Ansprechpartner: **Karl-Heinz Brunner** (Bundestagsabgeordneter & Kreisvorsitzender)
karl-heinz.brunner@bundestag.de

Sabine Krätschmer (stellv. Landrätin & stellv. Kreisvorsitzende)
sabine.kraetschmer@gmx.de

Ulrich Schäufele (Kreisfraktionsvorsitzender & stellv. Kreisvorsitzender,) *politik@ulrich-schaeufele.de*

Altenstadt: **Ernst Wüst** *wuest-altenstadt@t-online.de*

Bellenberg: **Siegfried Baum** *siegfried-baum@gmx.de*

Illertissen: **Kasim Kocakaplan** *kasim.kocakaplan@web.de*

Nersingen: **Axel Arbeiter** *arbeiter.a@arcor.de*

Neu-Ulm: **Erich Krnavek** *krnavek.erich@gmx.de*

Pfaffenhofen: **Hildegard Feurich-Kähn** *H.FeurichKaehn@yahoo.de*

Pfuhl-Burlafingen: **Rudolf Erne** *erne.rudolf@t-online.de*

Senden: **Sascha Vespermann** *sascha.vespermann@googlemail.com*

Vöhringen: **Volker Barth** *vo.barth@t-online.de*

Weißenhorn: **Herbert Richter** *richter.herbert@t-online.de*

Geschäftsstelle Neu-Ulm/Günzburg: **Guido Berning** *guido.berning@spd.de*

Wahlkreisbüro Karl-Heinz Brunner: **Patrick Steiner** *karl-heinz.brunner.wk01@bundestag.de*



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk und Kreisverband Neu-Ulm

Arbeit und Leben - Gerech den Blick nach vorne.

Regionale Ansprechpartner: **Stefanie Steinle** (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Kreis Neu-Ulm)
StefanieSteinle@t-online.de

Seija Knorr (Jusos)
sejaknorr@aol.com

Karl-Martin Wöhner (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Bezirk Schwaben)
woehner@hs-ulm.de

Die SPD im Kreis Neu-Ulm steht für eine Region und für ein Land ein, in dem die Arbeit den Menschen den Lebensunterhalt, Sinn und damit ein erfülltes Leben ermöglicht.

Eine gerechte Bezahlung ist der Motor unserer Wirtschaft.

Die Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns hat gezeigt, dass dieser längst überfällig war. Der Anpassungsmechanismus funktioniert. Rund 3,6 Millionen Menschen haben nun Perspektive und Anerkennung. Der Mindestlohn hat weder zu einem Abbau von Arbeitsplätzen, noch zu exorbitanten Preissteigerungen für Verbraucher geführt.

Nun muss die Politik noch mögliche Schlupflöcher schließen.

Vor allem muss verhindert werden, dass Flüchtlinge als Billiglohnkräfte missbraucht und vom Mindestlohn ausgenommen werden. Allen Versuchen, sie gegen andere Beschäftigte auszuspielen, muss ein deutliches „Nein!“ entgegengebracht werden. Flüchtlinge vom Mindestlohn auszunehmen ist diskriminierend und widerspricht jeder Form der Integration.

Als regionale SPD möchten wir direkter Ansprechpartner sein für alle, die Missstände und Missbrauch oder gar Umgehung des Mindestlohnes erleben. Gerne helfen wir hier vermittelnd weiter und versuchen Hilfestellungen zu geben.

Eine Arbeitsstelle besitzen muss auch bedeuten, eine Zukunft zu haben.

Leiharbeit und Missbrauch befristeter Verträge schrecken oft von Zukunftsplanungen ab. Hier reihen sich einige Bundesländer in eine unrühmliche Reihe ein, wenn sie z.B. ihre Lehrer in den großen Ferien in die Stellenlosigkeit schicken.

Unbefristete Arbeitsstellen bedeuten auch Sicherheit und die Grundlage um u.a. Baukredite zu erhalten.

Eine solidarische Arbeitswelt und Gesellschaft stärkt die Menschen und den Glauben an eine gute Zukunft. Auch in der Region Neu-Ulm sehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiterhin als die Anwälte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk und Kreisverband Neu-Ulm

Durch unsere Kontakte zu den Betriebsräten und Gewerkschaften arbeiten wir darum auch weiterhin an einer gerechteren Gesellschaft. Wichtige Schritte, die dazu auf der Bundesebene notwendig sind, werden wir hier vor Ort mit Vehemenz einfordern:

- Die Arbeitswelt muss wieder paritätischer werden.
- Die Rechte der ArbeitnehmerInnen müssen weiter gestärkt werden, beispielsweise durch die Beweislastumkehr beim Nachweis von Leiharbeitsverhältnissen oder der Abschaffung der Frist bis zum „equal pay“ von 9 Monaten.
- Die Steuerlast muss gerechter verteilt werden.
- Leiharbeit auf Dauerarbeitsplätzen darf es nicht geben.

Leben ist ohne wohnen nicht denkbar.

Wir sind im Kreis Neu-Ulm in der glücklichen Lage, dass wir noch Flächen in unseren Städten und Gemeinden haben, um die anderswo schon vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Kosten für angemessenes Wohnen in Schach zu halten. Hier rufen wir insbesondere unsere kommunalen Räte auf, Chancen für soziale Wohnungsbauprojekte zu ergreifen und so unsere Region für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswert zu gestalten.

Um diese Forderungen erfüllen zu können müssen wir in der Region wieder verstärkt miteinander reden. Hier sind vor allem unsere Partner für eine gerechtere Zukunft gemeint.

Seien es die Betriebsräte in den Firmen, die Gewerkschaften, Vertreter der Sozialverbände, Menschen, die sich engagieren - wir müssen unsere gemeinsamen Positionen und Ziele zusammen vertreten und uns gegenseitig unterstützen.

Als SPD verpflichten wir uns dazu diesen Dialog wieder aktiv in Gang zu bringen und dort, wo er bereits existiert zu intensivieren.

Ein erster Schritt hierzu war die Neugründung unserer Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), deren Kreisvorstand (Stefanie Steinle) und Bezirksvorstand (Karl-Martin Wöhner) bereits erste Schritte zu einer neuen Kommunikationskultur mit der SPD nahestehenden Verbände und Organisationen eingeleitet haben.

Als SPD vor Ort stellen wir fest, dass immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, wie und vor allem welche Politik Ihnen dient.

Darum ist es besonders wichtig im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik auf mehr Information zu setzen und den Dialog im Rahmen von Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu suchen, wie wir es beispielsweise mit unserer Bilanz „Ein Jahr Mindestlohn“ bereits getan haben.

Wir können vor Ort im Bereich Arbeit und Soziales natürlich nicht an den großen Stellschrauben drehen. Umso wichtiger ist es aber, dort, wo sozialdemokratische Politik den Menschen zu Gute kommt, dabei zu helfen, diese Politik den Menschen zu erklären und zu vermitteln.

Sicherheit – Verständnis für Ängste, Blick auf die Realität.

Regionaler Ansprechpartner: **Günter Kammerer**
kammerer.guenter@web.de

Zur Sicherheit im Landkreis Neu-Ulm, zu welcher gleichermaßen die Ulmer Region zählt, stellten die beiden Polizeipräsidenten von Neu-Ulm und Ulm fest, dass man im Vergleich zu anderen Regionen oder Städten keine krassen Auffälligkeiten feststellen kann. Es liegen hier eher durchschnittliche Werte zu Grunde. Allerdings ist die Zahl der Einbruchdiebstähle um etwa ein Drittel gestiegen. Der Raum Neu-Ulm/Ulm liege nach wie vor leider strategisch günstig für allerlei kriminelle Handlungen, lautete die Feststellung.

Bemerkenswert sei auch, dass Straftaten im unmittelbaren Umfeld, quasi in nächster Nähe, die Bürger weit mehr sensibilisieren als solche in weiter Entfernung. Noch drastischer sei die Situation, wenn sie einen persönlich betrifft oder die Straftat im unmittelbaren Umfeld geschieht, also Verwandt- und Bekanntschaft sowie Nachbarschaft oder der Freundeskreis involviert sind.

Themen, welche die gesamte Nation und darüber hinaus beschäftigen, ist derzeit allen voran die Terrorgefahr, die oftmals vom sogenannten islamischen Staat (IS) ausgeht, weil sie in ihrer heimtückischen Art schwer vorhersehbar ist. Bei größeren Vorhaben, dies zeigt die Attentats-Serie in Paris und Brüssel deutlich, ist ein größerer logistischer Aufwand nötig, der zum Teil deutliche Spuren hinterlässt. Wenn man in den Nachanalysen feststellt, dass gewaltbereite Islamisten schon in früheren Jahren auffällig geworden oder in gewissen Stadtteilen ganze Terrorzellen ihre Kommandozentrale aufbauen und aufrüsten, zeigen sich eklatante Schwächen auf. Auch dann, wenn beispielsweise wichtige und entscheidende Daten versiegen oder schlicht nicht weitergegeben werden. Hier ist internationale Zusammenarbeit dringend erforderlich.

Besondere Aktualität hatte der Fall von Salah Abdesalam für die Region Ulm/Neu-Ulm, weil hierbei Straftäter unmittelbar aus Asylunterkünften rekrutiert wurden. Die am meisten diskutierte Frage in diesem kausalen Zusammenhang lautete: Wie kann ein weltweit gesuchter Terrorist mehrere Monate unbemerkt durch Europa reisen und wird dann an jenem Ort festgenommen, an dem er seit Jahren lebt und dessen Umfeld vielen Spezialkräften bekannt war? Nachfolgetaten gibt es zuhauf.

Die Polizei und weitere Einsatzkräfte waren vor allem bei den Fußball-Europameisterschaftsspielen im Dauereinsatz. Die Gefahr lauert überall und eine allumfassende Sicherheit kann es nicht geben. Dies wird beim nächsten Großereignis, den Olympischen Spielen in Brasilien, nicht anders sein. Dass Anschläge im Nahen Osten bereits zur Tagesordnung gehören, ist zu einer nicht hinnehmbaren Tatsache geworden.

Bei aller berechtigter Sorge sehen wir es darum auch als unsere Aufgabe als SPD in der Region an, darauf hinzuweisen, dass nicht zuletzt die Sicherheit, die unser Land und unser Rechtsstaat bietet, eine nachvollziehbare Anziehungskraft auf Flüchtlinge auswirkt. Wir dürfen nicht vergessen, aus welchen teils furchtbaren Verhältnisse diese Menschen zu uns kommen. Verständnis und Mitgefühl müssen darum bei allen Bedenken unser Tun leiten! Einen Generalverdacht, insbesondere bei muslimischen Flüchtlingen, wird es mit der Kreis-SPD nicht geben!

Ein weiterer eklatanter Fall beschäftigt die Justiz in Bayern seit vielen Monaten. Es ist die Aufarbeitung der sogenannten NSU-Verbrechen mit zehn Morden an überwiegend Bürgern mit Migrationshintergrund in Deutschland. Die Taten und deren Vorgehen sprechen allein schon Bände. Wie können „rechte Zellen“ über Jahre hinweg derlei Taten begehen? Vor allem, warum können sie lange Zeit unbekannt bleiben und jedes Mal wieder rechtzeitig untertauchen? Es gab bisher wohl kaum größere Aktenberge zu einem Prozess. Das Gebaren von Beate Zschäpe reizt die Bürger der Nation bis ins Mark. Die Medien im Ausland fragen in ihren Kommentaren zu Recht, ob Deutschland auf dem „rechten Auge“ bereits wieder blind geworden sei.

Auch hier sieht die SPD eine wichtige Aufgabe, die Gesellschaft für rechte Umtriebe mindestens so stark zu sensibilisieren, wie gegenüber der Terrorgefahr. Insbesondere die Jusos sind hier in Neu-Ulm bereits gut vernetzt und regelmäßig bei Anti-Rechts und Anti-Nazi-Aktionen dabei. Selbstverständlich beteiligen wir uns als SPD auch weiterhin an regionalen Aktionen wie dem Bündnis für Vielfalt.

Weitere Sicherheitsprobleme tun sich auf bei den Verkehrsunfällen. Schwer nachvollziehbare Unfälle sowie häufigere Auffahrunfälle als früher sind in vielen Fällen auf eine Ablenkung durch Smartphones etc. zurück zu führen. In Neu-Ulm bildet vor allem der Allgäuer Ring, in Ulm der Blaubeurer Ring einen Unfallschwerpunkt.

Hier pflegt die Kreis-SPD enge Kontakte zum Automobilclub und beteiligt sich an den jährlichen Aktionen, wie 2015 gegen Smartphones am Steuer oder 2016 für die Gurtpflicht.

Weiter beschäftigen wird uns in Zukunft zudem eine steigende Zahl an Wirtschaftskriminalität. Dazu gehört u. a. der Abgasskandal verschiedener Autofirmen. Hierbei spielen elektronische Medien eine immer größere Rolle. Für die sog. Cyber-Kriminalität werden derzeit Spezialisten ausgebildet. Diese hinken leider mit ihrem Wissen den kriminellen Spezialisten im Moment noch hinterher.

Die Ulm/Neu-Ulmer Szene sowie der gesamte Umkreis wurden in jüngster Zeit ebenfalls durch bekannt gewordene tödliche Auseinandersetzungen im „Rocker-Millieu“ aufgeschreckt.

Festzuhalten ist im Fazit, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung zugenommen hat: ein überaus dringendes Thema für die Politik.

Als SPD Neu-Ulm wollen wir aber auch darauf hinweisen, dass die Gefühlslage vieler Bürgerinnen und Bürger – so verständlich sie sein mag – nicht immer die Realität abbildet. So bestätigt sich ein Anstieg der Kriminalität im Zuge der zu uns gekommenen Flüchtlinge beispielsweise nicht.

Die hochkomplexen Themen der Sicherheit können wir nicht alleine vor Ort lösen. Gleichwohl sehen wir es als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als unsere Aufgabe an über die Situation zu informieren und so unter Umständen auch Ängste zu nehmen oder für vielleicht unterschätzte Gefahren zu sensibilisieren.

Diese Formate wollen wir fortsetzen und ausbauen.



Diversität - Vielfalt durch Gleichstellung und Offenheit.

Regionale Ansprechpartner: **Moritz Stiepert** (Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv) *moritz.stiepert@gmail.com*

Patrick Steiner (Arbeitsgemeinschaft der Schwulen, Lesben und Queeren in der SPD)
P.Steiner@outlook.de

Die SPD im Kreis Neu-Ulm setzt sich für eine bunte und vielfältige Region ein, in der alle Menschen willkommen und Teil der Gesellschaft sind.

Diversität wird aus Sicht der SPD erst dann lebbar und erlebbar, wenn wir keine künstlichen oder rechtlichen Grenzen auf Teilhabe für verschiedene Bevölkerungsgruppen zulassen.

Gleichstellung muss eine Selbstverständlichkeit werden, ohne die Unterschiedlichkeiten der Menschen und ihrer Lebenswirklichkeiten zu ignorieren. Gleichstellung bedeutet nicht Gleichmacherei.

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist hierbei sicherlich die zentralste und nicht verhandelbare Position der SPD. Wir sehen aber auch weiteren Handlungsbedarf hin zu gelingender Diversität im Kreis, insbesondere bei der Gleichstellung von Menschen anderer Herkunft und Religion, von Menschen mit Behinderung und von nicht-heterosexuellen Menschen.

Wider jeder Art von Rassismus und Diskriminierung

1. Rassismus und Diskriminierung lehnen wir in all ihren Facetten ab.
2. Angst, Unwissenheit oder Wut können niemals die Diskriminierung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Geschlecht, Religion, Kultur oder Sexualität rechtfertigen.
3. Die SPD im Kreis Neu-Ulm stellt sich hinter alle regionalen Bestrebungen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung stellen und verpflichtet sich, selbst Veranstaltungen und Initiativen zu diesem Thema anzustoßen und (mit) zu organisieren.
4. Die SPD im Kreis Neu-Ulm stellt sich hinter die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die sich in den letzten Monaten um die Aufnahme der zu uns flüchtenden Menschen gekümmert haben. Wir verurteilen die auch in unserer Region Versuche die "Willkommenskultur" und das "Gutmenschentum" zu denunzieren und zu unterlaufen.
5. Wir unterstützen all jene, die sich für ein Europa der offenen Grenzen und eine Lösung der Flüchtlingssituation einsetzen. Wir wollen den Menschen gegenüber ehrlich sein: die eine große und schnelle Lösung wird es nicht geben, es werden weiterhin Flüchtlinge zu uns kommen. Dennoch dürfen wir der Polemik der "Obergrenzen" und "Grenzzäune" nicht anheimfallen.

6. Wir setzen uns dafür ein, dass wir im Rahmen der geschaffenen gesetzlichen Regelungen pragmatisch an einer gelingenden Integration der zu uns gekommenen Menschen arbeiten. Eine ständige Debatte über mögliche neue Gesetze oder Bestimmungen bringen uns nicht weiter: viele Menschen sind in unsere Region gekommen, viele davon mit einem Recht hier zu bleiben. Die regionale Debatte sollte sich also in erster Linie mit der praktischen Lösung von konkreten Problemen vor Ort befassen. Dazu gehören vor allem die Vermittlung von Jobs und Wohnungen, sowie die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Sprach- und Integrationskursen.
7. Als SPD sehen wir uns hier in der Pflicht, uns selbst in Helferkreisen zu engagieren und auf politischer Ebene Druck für die notwendigen Rahmenbedingungen zu machen. Dieses Engagement findet vielfach durch unsere Mitglieder und auf kommunaler Basis durch unsere Rätinnen und Räte bereits statt und soll weiter verbessert werden. Nicht zuletzt wollen wir durch Veranstaltungen und Diskussionen den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aufrechterhalten und auch offen für konstruktive Kritik bleiben. Kein Mensch in Neu-Ulm soll mit seinen Sorgen alleine oder ungehört bleiben.
8. Angesichts der wachsenden Islamfeindlichkeit und eines immer wieder aufflammenden Antisemitismus in Deutschland fordern wir zu einem verstärkten Dialog der Religionen (und Kulturen) auf. Die SPD im Kreis Neu-Ulm ist hier gerne bereit, beispielsweise bei einem "Fest der Religionen" den Rahmen für diesen Dialog mit zu schaffen und zu organisieren.
9. Die in diesem Papier formulierten Forderungen für ein gelingendes Miteinander stellen wir nicht nur an die bereits hier lebenden Menschen, sondern auch an die neu Dazugekommenen. Weltoffenheit, sowie Toleranz und Akzeptanz von Diversität und Unterschiedlichkeit fordern wir von allen hier lebenden Menschen ein.

Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

1. Reform des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes

Die Einführung des AGGs war ein wichtiger Schritt. Noch beinhaltet es zu wenige Sanktionsmechanismen, um einen Verstoß zu ahnden. Häufig liegt die Beweispflicht bei Diskriminierungen bei den Opfern. Hier muss es eine Beweisumkehr geben. Der Arbeitgeber muss nachweisen, warum er eine Person trotz AGG nicht einstellen kann. Hier darf der Satz "bei gleicher Eignung" nicht allein leitend sein.

2. Das Bundesteilhabegesetz ist nicht ausreichend

Mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes haben viele schwerbehinderte Menschen große Hoffnungen verbunden. Noch erfüllt das Gesetz nicht alle Erwartungen, bleibt sogar in manchen Punkten hinter den Minimalforderungen zurück. Inklusion darf nicht nur öffentlichen Stellen überlassen bleiben. Inklusive Standards müssen auch für die Privatwirtschaft verpflichtend werden, damit schwerbehinderte Menschen ohne Einschränkungen am öffentlichen Leben partizipieren können. Zudem müssen die Anforderungen für Hilfsleistungen und Assistenz deutlich gesenkt werden.

3. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Das "Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" ist in Deutschland immer noch nicht vollständig umgesetzt worden. Es fehlt weiterhin ein

inklusives Bildungssystem, dass es behinderten Menschen erlaubt, am normalen Schulunterricht teilzunehmen. Die Inklusion in den Arbeitsmarkt ist ebenfalls nicht vollständig verwirklicht. Weiterhin werden viele Schwerbehinderte, die am normalen Arbeitsleben teilnehmen könnten, in Werkstätten untergebracht. Außerdem ist es weiterhin für viele Menschen mit Behinderung nicht möglich barrierefrei an Informationen zu kommen.

Wir fordern daher alle Mandatsträger der SPD im Kreis Neu-Ulm auf, sich für die Inklusion von Menschen in Arbeit und Bildung einzusetzen, Gesetze zu verbessern und Missstände zu beheben. Auch unsere regionalen und kommunalen Mandatsträger fordern wir dazu auf, sich bei allen Planungen für die Barrierefreiheit und die Verbesserung der selbigen einzusetzen. Hier können insbesondere unsere BürgermeisterInnen, Stadträte und Kreisräte unmittelbar Einfluss nehmen und tun dies vielerorts bereits.

Vor Ort engagieren verpflichten wir uns zudem uns selbst für diese Belange einzusetzen. Die SPD Kreis Neu-Ulm unterstützt daher insbesondere die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft "Selbst Aktiv" der SPD Schwaben.

Gleichstellung von homo- und transsexuellen Menschen

1. Ehe für Alle

Wir setzen uns für die vollkommene rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit der Ehe ein. Die sogenannten Regenbogenfamilien sind bereits Realität - auch in unserer Region. Es ist vollkommen unverständlich, warum unser Berliner Koalitionspartner die volle rechtliche Gleichstellung, sowie die Ausweitung des Adoptionsrechts auf homosexuelle Paare blockiert. Familie ist dort, wo Menschen füreinander für ein ganzes Leben Verantwortung übernehmen. Wenn in einer solchen Partnerschaft ein Kind liebevoll erzogen wird, gibt es keinerlei Gründe sich Sorgen um das Kindeswohl zu machen.

2. Rehabilitierung der nach §175 Verurteilten

Die SPD im Kreis Neu-Ulm fordert die Mandatsträger in Land und Bund auf, sich weiterhin für die "Ehe für alle" einzusetzen, ebenso wie für eine vollständige Rehabilitation der nach dem §175 verurteilten Männer in der BRD.

3. Unterstützung der Community

Die SPD im Kreis Neu-Ulm unterstützt und organisiert selbst regionale Initiativen und Veranstaltungen, die sich für die LGBTQ-Community und ihre Rechte einsetzen. Präsenz zu Veranstaltungen wie dem Internationalen Tag gegen die Homophobie oder dem Christopher Street Day ist für uns selbstverständlich. Wir arbeiten außerdem daran, weitere Formate für die Community in und um Neu-Ulm zu schaffen und die Community besser zu vernetzen. Hier arbeiten wir eng mit dem Berichterstatter für die Gleichstellung der Lebenspartnerschaften in der SPD-Bundestagsfraktion – Karl-Heinz Brunner – und dem Bezirksvorsitzenden der SPD in Schwaben – Linus Förster – zusammen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Schwulen, Lesben und Queeren in der SPD (kurz Schwusos) ist fester Bestandteil unserer regionalen Parteigliederungen, Koordinator unserer LGBTQ-Bemühungen und zentraler Ansprechpartner zu diesem Thema. Hierbei kooperieren wir u.a. mit der hiesigen Community-Kneipe "Don't tell Mama".



Mobilität – Beweglichkeit für Jung und Alt.

Regionale Ansprechpartner: **Fritz Immisch** (Arbeitsgemeinschaft 60+)
Fritz.Immisch@gmx.de

Seija Knorr (Jusos)
seijaknorr@aol.com

Unser sowohl ländlicher, wie auch städtischer Kreis macht es besonders wichtig, dass genügend Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden so mobil wie möglich zu sein.

Typischerweise betrifft dieses Thema sowohl die ganz Jungen (beispielsweise durch fehlenden Führerschein oder die Möglichkeiten abends länger wegzubleiben), als auch die ganz Alten (beispielsweise durch die Einschränkung des Gehvermögens) in besonderem Maße.

Als SPD müssen wir uns darum besonders dann angesprochen fühlen, wenn Projekte die Mobilität zu verbessern suchen auf kommunaler Ebene zur Entscheidung stehen. Wir setzen uns dabei insbesondere für folgende Projekte und Ideen ein:

- Den Ausbau des regionalen Eisenbahnnetzes in den 30 Minuten-Takt für alle Haltestellen.
- Eine breitere Abdeckung des Landkreises durch Nachtbusse und den Pfiffibus.
- Projekte, die die Behörden- und Bankenerreichbarkeit fördern, beispielsweise durch das Angebot, dass die Beamten zum Bürger kommen.
- Ein sozial verträgliches Jahresticket für den gesamten Kreis (beispielsweise die Idee eines 365€ Jahresticket für 1€ am Tag)
- Einen deutlichen Ausbau der Fahrradwege, insbesondere in den Städten.
- Die zeitnahe Umsetzung von behindertengerechten Umbauten in öffentlichen Gebäuden, wo diese noch nicht erfolgt sind.
- Möglichst verkehrsberuhigte oder sogar verkehrsfreie Innenstädte, wo dies möglich ist.
- Unterstützung von Hol- und Bring-Diensten beispielsweise bei der ärztlichen Versorgung.

Mit der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über 60 (AG 60+) und den Jusos wollen wir als SPD im Kreis die Interessen von jüngeren und älteren Generationen verbinden und sie nicht gegeneinander ausspielen. Gemeinsam verpflichten sich diese Arbeitsgemeinschaften mit Nachdruck auf Maßnahmen wie die oben aufgeführten zu bestehen und hierzu in engen Kontakt mit den kommunalen Räten zu bleiben.

Außerdem suchen wir Partner, die mit uns Ideen für die Umsetzung der oben aufgeführten Punkte erarbeiten oder die weitere Ideen und Probleme an uns herantragen wollen.



Energie – Grün und sozial muss zusammen gehen.

Regionaler Ansprechpartner: **Ernst Wüst**
wuest-altenstadt@t-online.de

Nach dem Atomunfall in Fukushima hat die seinerzeitige Bundesregierung in ihrer Energiepolitik eine abrupte Kehrtwendung hingelegt. Bis dorthin wurde die Atomkraftpolitik bevorzugt und Entscheidungen ihrer Vorgängerin teilweise rückgängig gemacht.

Nun haben wir die politische Aufgabe die Erneuerbare Energien, insbesondere die Photovoltaik, Windkraft und Wasserkraft, in eine für alle Menschen verlässliche und finanzierbare Bahn zu lenken.

Insbesondere die CDU/CSU waren bzw. sind in ihren Ländern sehr uneins und legten/legen dem Ausbau der Alternativen Energien große Hürden in den Weg, sei es durch Veränderung der Abstände zu Wohngebieten bei Windrädern, sei es über die Trassenführung der Stromleitungen oder Verringerung der Einspeisevergütung von heute auf morgen.

Andererseits wird gerade in Bayern die Wasserkraft von der Staatsregierung favorisiert, obwohl rund 90 % der Möglichkeiten zur Wasserkraftnutzung bereits ausgeschöpft sind. Eine Steigerung von 12.5 TWh/Jahr auf 25 TWh/Jahr innerhalb von 10 Jahren in Bayern liegt deutlich über den bundesweiten angestrebten Erhöhungswert von 5 TWh/Jahr. Dieses Ziel kann nach der Meinung des Verbandes der Bayer. Energie- und Wasserwirtschaft nur erreicht werden wenn eine Änderung des Markt- und Förderdesigns durch den Gesetzgeber erfolgt. Dies würde bedeuten, das Restwasser und Fischwanderungshilfen entfallen bzw. eingeschränkt werden müssten. Für Bayern wäre dies verheerend, da mit der Änderung der bisherigen Vorgaben auch in den Hochwasser- und Naturschutz eingegriffen wird. Eine Aufweitung der Vorgaben würde auch bedeuten, dass durch den vermeintlichen Schutz vor Hochwasser auch in Nahbereichen von Flüssen und Bächen Baugebiete ausgewiesen werden.

Regional beschäftigt uns dies insbesondere angesichts der Planungen für weitere Wasserkraftwerke beispielsweise an der Iller. Gegen diese stellen wir uns, befürworten im Gegenteil eine stärkere Renaturierung des Flusses.

Die Windkraft ist eine weitere Alternative zur Atomkraft. Sie sollte dort ausgebaut werden, wo es sinnvoll und genügend Luftbewegung vorhanden ist. An der Meeresküste bzw. auf bestimmten Höhenzügen bietet sich das an. Aber dann gilt es auch die Trassenführungen entsprechend auszubauen. Statt mehr Überlandleitungen sollte an Erdverkabelung gedacht werden.

Hier bieten sich die Autobahnen und Eisenbahnlinien an. Entlang dieser könnte man ohne größere Bürgerproteste schnell ausbauen. Selbstverständlich werden von vielen Gegnern der Windkraft die „Verschandelung der Landschaft“ angeführt. Aber wie sieht es bei Kühltürmen von Atom- bzw. sonstigen Kraftwerken aus? Wie sieht es bei Mobilfunktürmen aus?

Bei allen Alternativen (außer der Wasserkraft) ist eines festzustellen: Es gibt Zeiten in denen sehr viel Strom erzeugt wird, obwohl er nicht benötigt wird, andererseits wird der Bedarf gar nicht abgedeckt. Es fehlen die Speicherkapazitäten um eine gleichmäßige Energieversorgung zu gewährleisten. Damit ist die Industrie gefordert.

Hier muss die bayerische SPD ehrlicher sein, als der politische Gegner, der versucht den Menschen eine Energiewende ohne jegliche Kosten oder Eingriffe in die Landschaft zu versprechen.

Dies bedeutet nicht, dass wir die erneuerbaren Energien ohne jede Prüfung unterstützen wollen. Vor Ort im Landkreis Neu-Ulm engagiert sich die SPD bereits in der Energiepolitik und lehnt wie bereits beschrieben beispielsweise neue Wasserkraftwerke an der Iller ab. Darüber hinaus müssen wir uns aber um Unterstützung und Verständnis für die Nebenwirkungen der Energiewende in Deutschland einsetzen, auch wenn dies beispielsweise bei der Frage der Windräder nicht immer populär sein wird.

Nur bei einer breiten Allianz zwischen Politik und Gesellschaft – und unter der Verantwortung der beteiligten Bereiche der Industrie – werden wir eine Energiewende schaffen, die für den Einzelnen erschwinglich bleibt. **Nur Protest können wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht leisten. Das gilt insbesondere auf kommunaler Ebene.**

Die Energiewende kann nur dann erreicht werden, wenn wir alle daran arbeiten. Das wichtigste ist, dass neben alternativen Energieformen auch die Einsparung gefördert wird. Hierzu sind wir alle aufgefordert mit zu arbeiten.

Die SPD Neu-Ulm unterstützt Organisationen und Initiativen, die zur Förderung und Information über die Energiewende beitragen wollen und bietet sich als Kooperationspartner für Informations- und Diskussionsveranstaltungen an, wie sie auch in der Vergangenheit – beispielsweise mit dem Energieexperten Herbert Woerlein MdL, bereits stattgefunden haben.



Bildung und Jugend – Nicht einfach nur Schule.

Regionaler Ansprechpartner: **Karl-Martin Wöhner** (Bildungsbeauftragter der Kreis-SPD) woehner@hs-ulm.de

Seija Knorr (Jusos)
sejaknorr@aol.com

Als SPD im Kreis Neu-Ulm tragen unsere Mandatsträger, sowie die Stadträtinnen und Stadträte eine besondere Verantwortung gegenüber allen Bildungseinrichtungen im Landkreis – **von den Kitas bis zu den Hochschulen**. Wir fordern sie auf – wie bereits in vielen Gemeinden praktiziert – sich mit Vehemenz für eine weiterhin gute und flächendeckende Versorgung mit Bildungseinrichtungen und insbesondere für die dafür notwendigen Räumlichkeiten und Gebäuden einzusetzen. Kita-Gebühren sollten dabei möglichst gering gehalten werden und ein breites Angebot, auch freier Träger, erhalten bleiben.

Eine besondere Aufgabe kommt uns als regional verwurzelte Partei aber vor allem auch bei der **politischen Bildung** zu.

Die Kreis-SPD hat es sich bereits zu Beginn des Jahres 2016 zur Aufgabe gemacht wieder verstärkt junge Menschen anzusprechen, sie für Politik zu interessieren und zu begeistern. Dabei darf es nicht in erster Linie um die Rekrutierung neuer Partei-Mitglieder gehen (wenn auch diese aufgrund der Überalterung der SPD auch wünschenswert wäre).

Viel wichtiger erscheint es uns aber den Sinn und Zweck dieses Papiers – die Schwelle zum Dialog zwischen Politik und Gesellschaft, Partei und Individuum zu überwinden – besonders gegenüber den jüngeren Generationen umzusetzen. Auf die Sorgen, Nöte und Anliegen der jungen Menschen zu hören ohne dafür unmittelbar einen Parteieintritt zu erwarten.

Unsere Erfahrung zeigt: oftmals sind gerade die Bedürfnisse junger Menschen an Politik recht pragmatisch und kein Thema für die große Bundesbühne – sondern die kommunale Politik. Obwohl die Kritik an Politik oft an die Landes- oder Bundesebene adressiert ist, so zeigt sich gleichzeitig, dass vor allem bei den kommunalen und regionalen Wahlen die Wahlbeteiligung enorm niedrig ist – insbesondere bei jungen Menschen. Gerade da, wo eine Stimme oftmals einen viel direkteren Einfluss auf das alltägliche Leben hat.

Hier müssen wir ansetzen, nicht warten, bis junge Menschen sich abwenden und dann im Erwachsenenalter kaum noch zu motivieren sind, sich Politik und Gesellschaft wieder zuzuwenden.

Wir möchten in Zukunft gezielt junge Erwachsene ansprechen, sie zu Dialogrunden, Diskussionsveranstaltungen oder Festen einladen. Dabei setzen wir es uns insbesondere zum Ziel nicht nur auf Abiturienten oder Studierende zuzugehen, sondern vor allem auch auf Mittel-, Werkreal- oder RealschülerInnen, sowie Auszubildende.